Zivilprozeß (S. 244-253) sowie zum Internationalen Privatrecht (S. 255-257) und zu "Skandinavien und Europa".
Die Autoren erläutern bei der Darstellung der einzelnen Rechtsgebiete vorrangig die jeweils einschlägigen Gesetze, wobei das schwedische Recht im Mittelpunkt steht. Der interessierte Leser kann damit einen ersten Ansatzpunkt zur Lösung von Rechtsfragen finden. Anzumerken bleibt jedoch, daß dies nur für das schwedische Recht gilt, in den weiteren Rechtsordnungen finden sich - wie bereits erwähnt – zumeist nur die Nennung des einschlägigen Gesetzes. Wertvoll ist insoweit der Hinweis auf die jeweiligen Gesetzesnachweise im Internet (S. 12-17). Die detailreiche Darstellungsweise führt aber auch dazu, daß es sich vor allen Dingen um ein enzyklopädisches Werk handelt, welches man zu Einzelfragen konsultieren kann, aber nicht an einem Stück lesen wird. Die Besonderheiten der fremden Rechtsordnungen hätten noch mehr anhand der Unterschiede in Struktur und Denkweise der Juristen verdeutlicht werden können. Eine Darstellung etwa der jeweiligen Juristenausbildungen, der verschiedenen juristischen Berufe oder der Eigenarten des Urteilsaufbaus wären sicherlich auf Interesse gestoßen. Auch hätte die von den Autoren angeführte Modellhaftigkeit des schwedischen Rechts stärker erläutert werden können. Dies gilt beispielhaft für den politischen und gesellschaftlichen Hintergrund, der zur Regelung des Rechts der nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft (Rz. 455-460) geführt hat. Hierbei handelt es sich um eine im europäischen und weltweiten Vergleich durchaus fortschrittliche und beachtenswerte Gesetzgebung. Zusammenfassend läßt sich daher sagen, daß die Autoren zahlreiche Einzelfragen des schwedischen Rechts aufbereitet haben, dabei aber die strukturellen Besonderheiten des schwedischen (und skandinavischen!) Rechts prägnanter hätten darstellen und rechtsvergleichend auswerten können.

Maria Kasche

Richard Gillespie (Hrsg.)
The Euro-Mediterranean Partnership: Political and Economic Perspectives
Frank Cass, London, 1997, 193 pp., $ 64.95

Wulfdieter Zippel (Hrsg.)
Die Mittelmeerpolitik der EU
Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Bd. 44
Nomos-Verlag, Baden-Baden, 1999, 184 S., DM 58,--

Die Erklärung von Barcelona vom 28. November 1995 ist ein Meilenstein in der europäischen Mittelmeerpolitik. Sie ist Grundlage einer umfassenden Partnerschaft zwischen den derzeit 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und 12 nicht zur Union gehörenden

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1999-4-592_1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Mittelmeerstaaten, und zwar: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, Palästina, Syrien, Tunesien, Türkei und Zypern.
Beweggrund für die Intensivierung der Kooperation zwischen den südlichen Mittelmeeranrainern und der Europäischen Union waren dabei auf europäischer Seite in erster Linie sicherheitspolitische Erwägungen ("Südbedrohung"). Die südlichen Mittelmeeranrainer ihrerseits erhoffen sich von einer engeren Anbindung an die Europäische Union ein Gegengewicht zur EU-Osterweiterung, durch welche sie ihre wirtschaftlichen Interessen gefährdet sehen. Die Erklärung von Barcelona sieht eine Zusammenarbeit auf den drei Gebieten Sicherheit, Wirtschaft und Kultur vor. Ein jeder dieser drei "Körbe" beinhaltet interessante, gerade in der juristischen Diskussion bislang wenig wahrgenommene Entwicklungen: So umfaßt die Sicherheitspartnerschaft auch ein Bekenntnis zu den Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist eine Freihandelszone für das Jahr 2010 anvisiert, die bis zu 30 Staaten mit insgesamt 700 Millionen Verbrauchern umfassen könnte.
Im sozio-kulturellen Bereich wird die Bedeutung der dezentralen Kooperation auf der Ebene der Nichtregierungsorganisationen hervorgehoben. Das Programm ist äußerst ehrgeizig, berücksichtigt man, daß hier eine Kooperation zwischen Staaten mit ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen sowie sozialen und kulturellen Prägungen angestrebt wird. Gleichwohl schreitet der mit der Erklärung von Barcelona eingeleitete "Barcelona-Prozeß" voran, wenn auch langsam; vom 15. bis 16. April 1999 fand in Stuttgart die dritte EU-Mittelmeerkonferenz statt, auf der sich die Teilnehmer – erstmals nahmen auch Libyen und Mauretanien als Beobachter teil – auf die Leitlinien für eine euro-mediterrane Charta für Frieden und Stabilität verständigten. Entwicklung, Probleme und Perspektiven der Mittelmeerkooperation sind Gegenstand der beiden hier zu besprechenden Sammelbände.

Der von *Zippel* herausgegebene Band faßt die Referate einer Tagung zusammen, die vom 1. bis 3. Oktober 1998 vom Arbeitskreis Europäische Integration in Tutzing abgehalten wurde. In seinem einleitenden Beitrag gibt *Reissner* einen differenzierten historischen Überblick über das Verhältnis von "christlichem Abendland und islamischem Orient". *Jünemann* zeichnet die Entwicklung der europäischen Mittelmeerpolitik nach und verortet diese im Prozeß der europäischen Integration. *Monar* erörtert sodann die interne Dimension der europäischen Mittelmeerpolitik als ein Beispiel der durch den Vertrag von Maastricht proklamierten "Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik". *Nienhaus* befaßt sich mit der für 2010 projektierten Freihandelszone, deren entwicklungspolitischen Auswirkungen auf den südlichen Mittelmeerraum er durchaus kritisch beurteilt (insbesondere, da die Handelsliberalisierung nur Industriegüter umfaßt und Agrarprodukte ausnimmt). Die vier verbleibenden Beiträge sind einzelnen, regionalen Problemkreisen gewidmet: *Akkaya* untersucht die Beziehungen der EU zur Türkei, *Richter* erläutert den Hintergrund des Zypern-Konfliktes, *Halbach* und *Perthes* erörtern die Perspektiven des Nahostfriedensprozesses sowie die Rolle der Europäischen Union. Der Band bietet insgesamt eine aktuelle und

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1999-4-592_1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

informative Einführung in die Problematik und verknüpft allgemeine Entwicklungslinien der EU-Mittelmeerpolitik mit ausgewählten Problemkreisen, wobei sowohl der Aspekt der EU-Außenbeziehungen als auch deren interne Implikationen in der Union berücksichtig werden. Hierbei stehen allerdings – wie bereits im Titel zum Ausdruck kommt – die europäischen Interessen in der Region im Vordergrund. *Jünemann* spricht so auch explizit von einem "eurozentristischen" Ansatz (S. 29).

Im Gegensatz dazu liegt dem von *Gillespie* herausgegebenen Band eine stärker multipolare Konzeption zugrunde, sowohl mit Hinblick auf die vertretenen regionalen Perspektiven als auch auf die angesprochenen Themen. Das zeigt sich bereits in dem ersten, einleitenden Teil: *Derisbourg* gibt hier einen kurzen Überblick über den Fortgang des Barcelona-Prozesses aus Sicht der EU-Kommission während *Joffé* ausführlich die Bedenken der südlichen Mittelmeeranrainer referiert, etwa was die neoliberale Grundkonzeption der wirtschaftlichen Kooperation angeht, die ganz in der Tradition des *Washington Consensus* steht, oder die Tatsache, daß im Bereich der Sicherheitspolitik neben der Europäischen Gemeinschaft auch den USA eine zentrale Rolle zukommt. Der anschließende zweite Teil befaßt sich mit den Perspektiven ausgewählter Einzelstaaten: *Gillespie* untersucht hier die – traditionell starke – Rolle Spaniens in der EU-Mittelmeerpolitik, *Galduf* die spanisch-marokkanischen Beziehungen, und *El-Sayed Selim* umreißt die Haltung Ägyptens, des bevölkerungsreichsten arabischen Mittelmeeranrainers. Der dritte Teil umfaßt Beiträge zur sozio-ökonomischen Dimension des Barcelona-Prozesses: *Benyaklef* hebt die ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen den Staaten der EU und den südlichen Mittelmeeranrainern hervor, wobei er zugleich in Erinnerung ruft, wie schwierig es ist, "Entwicklung" anhand bestimmter Indikatoren "zu messen." *Tovias* befaßt sich mit den Auswirkungen der von der Erklärung von Barcelona vorgesehenen Handelsliberalisierung und beurteilt diese (wie im anderen Band *Nienhaus*) aus Sicht der Südländer als recht problematisch, da hier die Gefahr besteht, daß bestehende Ungleichgewichte im Außenhandel weiter vertieft werden. Des weiteren stellt *Syngellakis* den Zusammenhang zwischen dem Barcelona-Prozeß und der "Free Trade and Environment"-Diskussion her, indem sie die Frage nach den ökologischen Aspekten der Mittelmeerkooperation aufwirft. Im abschließenden vierten Teil beleuchtet dann *Fenech* die Sicherheitsaspekte der Mittelmeerkooperation. Eine derartig bunte Palette von Perspektiven und Themen kann natürlich kein in sich geschlossenes Bild von "dem" Barcelona-Prozeß bieten. Jedoch illustriert der Band gerade durch seine multipolare Konzeption anschaulich die Problematik der Mittelmeerkooperation. Denn die Komplexität des Barcelona-Prozesses ist nicht nur auf das Ineinandergreifen vieler unterschiedlicher Problemfelder – Sicherheit und Entwicklung, Freihandel und Umweltschutz, Innen- und Außenpolitik – zurückzuführen, sondern auch auf deren unterschiedliche Wahrnehmung und Gewichtung von seiten der beteiligten Staaten.

Aufgrund ihrer verschiedenen Zielrichtung und Schwerpunktsetzung ergänzen sich die beiden Bände recht gut: Geht es bei den Beiträgen in *Zippel* in erster Linie um die Sicht der Europäischen Union, so finden bei *Gillespie* auch die Perspektiven der Südländer verstärkt Berücksichtigung. Bei beiden Bänden dominieren dabei – wie in der Literatur zum Barce-

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1999-4-592_1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lona-Prozeß allgemein – politische und ökonomische Fragestellungen. Die juristische Dimension des Barcelona-Prozesses wird nur am Rande gestreift. Dies ist natürlich zunächst durch den Gegenstand selbst bedingt, handelt es sich doch bei dem Barcelona-Prozeß um einen Prozeß der politischen und wirtschaftlichen Kooperation, der sich bislang nur an wenigen Stellen rechtlich verfestigt hat. Gleichwohl sind etwa auch der Immaterialgüterschutz, der Technologietransfer und die rechtliche Flankierung des Marktes Gegenstand des mit "Wirtschaft" befaßten zweiten Korbes der Erklärung von Barcelona. Zudem kann die Proklamation im dritten Korb ("kulturelle Angelegenheiten"), den Dialog und die gegenseitige Achtung der Kulturen zu bestärken, auch als eine Aufforderung an die akademische Rechtsvergleichung verstanden werden, sich mehr als bisher der Gemeinsamkeiten der Rechtskulturen des Mittelmeerraumes anzunehmen. Dies könnte in Erinnerung rufen, daß die arabischen Mittelmeeranrainer sämtlich den französischen *Code civil* rezipiert haben (mit Ausnahme des Familien- und Erbrechts), und daß dort auch heute noch durchweg eine starke Anbindung gerade des Zivil- und Handelsrechts an den französischen Rechtskreis besteht. Auch könnte dies aufdecken, daß das Streben nach einem gemeinarabischen Zivilrecht erstaunliche Parallelitäten mit der Diskussion über die Rechtsangleichung in der europäischen Union aufweist.

Kilian Bälz

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1999-4-592_1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY